Bezugsgebühr:
Vierteljährlich für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung durch unsere Boten abends und morgens, an Sonn- und Montagen nur einmal 2 Mk. 50 Pf., durch auswärtige Kommissionäre 3 Mk. bez. 3 Mk. 50 Pf. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 Mk. (ohne Bestellgeld), im Ausland mit entsprechendem Zuschlage. Nachdruck aller Artikel u. Original-Mitteilungen nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresd. Nachr.") zulässig. Nachträgliche Honoraransprüche bleiben unberücksichtigt; unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Lobeck & Co. Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen. | **Chocoladen, Cacaos Desserts.** Einzelverkauf: Dresden, Altmarkt 2.

Anzeigen-Tarif.
Annahme von Ankündigungen bis nachmittags 3 Uhr, Sonn- und Feiertags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1/1 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 30 Pfg., Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 25 Pfg.; die 2spaltige Zeile auf Textseite 50 Pfg., als Eingesandt Zeile 60 Pfg. In Nummern nach Sonn- und Feiertagen 1spaltige Grundzeile 30 Pfg., auf Privatseite 40 Pfg., 2spaltige Zeile auf Textseite und als Eingesandt 60 Pfg. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Belegblätter kosten 10 Pfennige.

Fernsprecher: Nr. 11 und 2096.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstr. 38

Techn. Gummiwaren für alle Arten Betriebe. Dichtungen, Gasbeutel, Schläuche, Transportmäntel etc. etc. Reinhardt Leupolt, Gummiwarenfabrik, Dresden-A., Wettinerstrasse 26. Telephon 280.

Fächer in allen Preislagen. Ball-Schmuck in echter Fassung. Friedrich Pachtmann, Schloss-Str.

Kronleuchter Lampen für Gas, Petroleum und Kerzen. G. Devantier, Prager Strasse 11.

Vernickeln, Verkupfern, Vermessingen, Vergolden, Versilbern etc. aller Metallgegenstände
Dresdner Vernicklungs-Anstalt OTTO BÜTTNER, Falkenstrasse 1—3, Hofgebäude.

Nr. 279. Spiegel: Nationalliberaler Parteitag. Konservative Partei, Militärvereinsbund, Frauenvereinsbund, Dampfspritzen, Gerichtsverhandlungen. Evangelischer Bund, Schwarzseher. Lotterie. | Mutmaßl. Witterung: Mild, meist heiter. | **Mittwoch, 10. Oktober 1906.**

Der Parteitag in Goslar

hat den Nationalliberalen nicht viel des Freudigen und Guten beschert. Wiederum prallten die Gegensätze zwischen den rechts- und linksstehenden Elementen innerhalb der nationalliberalen Partei so heftig zusammen, daß der Wirkl. Geh. Rat Dr. Friedberg es offen aussprach: „Ich muß aber sagen, daß ich den Gegensatz zwischen den Jungliberalen und der Gesamtpartei für unüberbrückbar halte. Sie muten uns zu, lediglich eine Partei der Negation oder Opposition zu sein. Wir haben uns aber im Geiste unserer Gründer zu betätigen in positiver Mitarbeit an den Aufgaben der Reichs- und Staatspolitik." Das sind kluge, klare Worte! Leider werden sie bei den Jungliberalen auf wenig fruchtbaren Boden fallen, und das Gären und Brodeln in den nationalliberalen Reihen, dem die Goslarer Tagung ein letztes Ventil öffnen sollte, wird weitergehen, bis es einmal zu reinlicher Scheidung kommt. Wenn auch auf dem Parteitage zum Schluß ein äußerlicher Frieden zwischen rechts und links gemacht wurde und die „Einigkeit" der Nationalliberalen zu allgemeiner Freude in bengalischer Beleuchtung erschien, so kann man doch nicht darüber hinwegtäuschen, daß hier das oft berechtigte Wort „Ende gut, alles gut" keinesfalls zutrifft, sondern nur eine mühsame und wenig haltbare Ueberkleisterung der Gegensätze künstlich inszeniert worden ist, um den Schein nach außen hin zu wahren. Es mutet darum seltsam an, wenn das führende Berliner Organ der Nationalliberalen, die „Nationalztg.", den Verhandlungen das Zeugnis ausstellt, die Unstimmigkeiten innerhalb der Partei beseitigt zu haben. Ist das Ernst oder blutiger Scherz? Jeder, der den Krieg der Geister vor und auf dem Goslarer Parteitage verfolgt hat, wird davon überzeugt sein, daß der Frieden im nationalliberalen Lager nie wieder im vollen Umfange wird hergestellt werden können. Die jungen und alten Hitzköpfe, die den „entschiedenen Liberalismus" predigen und das Schwergewicht mehr auf das Wörtchen liberal als national legen, beugen sich zwar noch vor der alten, erprobten Garde, die in Männern wie Hobrecht, Friedberg, Bassermann, Krause, Hieber, Paasche usw. verkörpert ist, aber nur mit Murren. Die Tonart zwischen den beiden feindlichen Brüdern ist auch schon dermaßen scharf geworden, daß eine wirkliche und dauernde Verständigung so gut wie ausgeschlossen scheint. Sagte nicht Bassermann, er müsse namens der nationalliberalen Abgeordneten den „ungebührlichen Ton" der Jungliberalen mit aller Entschiedenheit zurückweisen, und ging der Vizepräsident des preußischen Abgeordnetenhauses, Geh. Justizrat Dr. Krause, nicht noch schärfer ins Zeug, als er meinte, der Ausdruck „ungebührlicher Ton" gegenüber den Jungliberalen sei viel zu milde, ihm als altem Parlamentarier fehle der richtige parlamentarische Ausdruck dafür?! . . .

Das genügt und man wird sich mit dem Gedanken befreunden müssen, daß die Sezession, wie sie seinerzeit beim Freisinn eingetreten ist, auch dereinst bei den Nationalliberalen vor sich gehen wird. Es braucht nicht heute oder morgen geschehen, aber kommen muß die Spaltung! Bis zu den nächsten Wahlen im Jahre 1908 wird man aber wohl einig bleiben, aus rein praktischen und taktischen Gründen, um nicht — wie ein Redner in Goslar es treffend ausdrückte — „mit gebrochenem Rückgrat in die nächste Wahlschlacht ziehen zu müssen". Die Furcht, daß durch eine jetzt einsetzende Krise innerhalb der Partei die Wahlchancen zum größten Teil vernichtet werden könnten, hat denn auch zu der Resolution geführt, die zwar nicht Fisch, noch Bein ist, aber wenigstens der hart angegriffenen Reichstagsfraktion für ihre Haltung gelegentlich der Finanzreform gnädigst Absolution erteilt und damit die in den jungliberalen Kreisen zutage getretenen Meinungsverschiedenheiten für ausgeglichen erklärt. Wie lange wird diese künstliche Herrlichkeit dauern? Die Jungliberalen wollen die Grenzen der nationalliberalen Partei scharf nach rechts ziehen und die Tür weit nach links aufmachen; die Alten erblicken gerade umgekehrt in einer klaren Scheidung nach links hin und in fruchtbarem Zusammengehen mit den übrigen staatserhaltenden Parteien das Heil der nationalliberalen Zukunft. Ein Blick auf die ganze Art und Weise, wie die großen politischen Fragen unserer Zeit von den beiden feindlichen Flügeln der nationalliberalen Partei in Theorie und Praxis behandelt werden, läßt die Wagschale tief zu gunsten der bisher ausschlaggebenden Führer sinken, die sowohl in Heer- und Marinefragen, wie in Sachen des Kolloniales und der Steuer- und Finanzreform ihren Mann gestanden haben und selbst in schwierigen Tagen und trotz mancher Anfeindung seitens ihrer Parteifreunde den einzig richtigen Weg einer praktischen Politik in nationalem Sinne und im Zusammenarbeiten mit den rechtsstehenden Parteien gegangen sind. Die Jungliberalen treiben allzuviel doktrinäre Politik und suchen — wie Bassermann ihnen vorwarf — mit hochtrabenden Schlagworten billigen Beifall zu ernten. Die nationalliberale Partei hat eine große Vergangenheit hinter sich und im Kampf um die Gründung des neuen Deutschen Reiches unverwelkliche Lorbeeren verdient. Ihr gebührt deshalb ein besseres Schicksal, als das des allmählichen Zerfalls und des Herabsinkens zu politischer Ohnmacht.

In den heutigen Tagen, wo der politische Radikalismus immer deutlicher zur Ausprägung und Wirkung auf die Massen gelangt, hat eine Mittelpartei, wie es die nationalliberale ist, einen überaus schweren Stand. Allzuleicht ist sie der Gefahr des Abbröckelns nach rechts oder links, dem Schaukeln zwischen national-liberal und liberal-national ausgesetzt. Diese in ihr selbst liegende Gefahr hat mit eiserner Notwendigkeit zu dem scharfen Kampf zwischen dem rechten und linken Flügel der Partei, zwischen den mehr das Wörtchen „national" und den mehr das „liberal" betonenden Mitgliedern geführt. Will die nationalliberale Partei ihre alte Stellung aufrechterhalten — und ihre etwaige Ohnmacht wäre ein schwerer Schlag für die gesunde Fortentwicklung unserer deutschen Politik! —, so muß sie alle Verschwommenheit aufgeben und in einer Programm-Revision festlegen, was nationalliberal ist und was nicht. Die unsicheren Kantonisten, die ihrem inneren Zusammenhalt und ihrem äußeren Ansehen nur schaden, sollte die Partei dann möglichst bald von ihren Rockschößen abschütteln. Man soll nicht halten, was sich nicht halten läßt! Darum sollte man die Jungliberalen gehen lassen, wohin zu gehen es sie gelüstet. Positive Arbeit läßt sich bei den heutigen politischen Verhältnissen weder im Reiche noch in Preußen ohne entschlossenes Zusammenwirken mit den anderen zu positiver Arbeit bereiten Parteien leisten, und ein solches Zusammenwirken in positiver, erfolgreicher parlamentarischer Arbeit muß naturgemäß auch auf die Stellung der beteiligten Parteien bei den Wahlen zurückwirken. Mit Recht ist deshalb auch auf dem nationalliberalen Parteitage gegenüber den jungliberalen Angriffen hervorgehoben worden, daß die dort verlangte einseitig liberale Richtung die Partei auf den Standpunkt der freisinnigen Vereinigung bringen und damit der Gefahr aussetzen würde, genau so in Schwäche und nichts zu verfallen wie diese parlamentarische Gruppe. Wenn so aber auf dem nationalliberalen Parteitage auch diesmal noch — und das besonders im Hinblick auf die nahe bevorstehenden Reichstagswahlen — die politische Vernunft und das politische Verantwortlichkeitsbewußtsein über die jungliberalen Bestrebungen gesiegt haben, so darf doch nicht unterschätzt werden, daß diese in der Oeffentlichkeit und in der Presse einen breiteren Raum einnehmen, als ihnen nach ihrer wirklichen Bedeutung gebührt. Ein Redner auf dem Parteitage stellte fest, daß die Nationalliberalen ihren Feinden selbst die Waffen zum Kampfe lieferten: in der freisinnigen Presse sei beispielsweise ein spaltenlanger Artikel erschienen, „Die Sünden der nationalliberalen Partei" betitelt, der weiter nichts enthielte, als eine Sammlung jungliberaler Stimmen, und der nun in 25 000 Exemplaren im Reichstagswahlkampfe von Stade gegen die Nationalliberalen ins Feld geführt würde. Daß nach dieser Feststellung die Delegierten-Versammlung in ein allgemeines Hört! Hört! ausbrach, ist nicht verwunderlich. Will die Partei diesem Treiben ein Ende machen und sich vor Angriffen aus dem eigenen Lager sichern, so muß sie ganze Arbeit machen und nicht das jetzt so verbreitete Vertuschungssystem üben: je schneller und kräftiger, desto besser. Tut sie das nicht, so wird sie dem ihr drohenden Schicksal und der daraus folgenden Ohnmacht nicht entgehen. . . . .

Neueste Drahtmeldungen vom 9. Oktober.

Kaiser und Hohenlohe-Memoiren.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt: „Gegenüber der in einem Prager Blatte enthaltenen ungenauen Uebernahme eines Telegramms des Kaisers an den Fürsten zu Hohenlohe-Schillingsfürst sind wir ermächtigt, den Wortlaut des kaiserlichen Telegramms im folgenden mitzuteilen: „Lese soeben mit Erstaunen und Entrüstung die Veröffentlichung der intimsten Privatgespräche zwischen Deinem Vater und mir, den Abgang des Fürsten Bismarck betreffend. Wie konnte es zugehen, daß dergleichen Material der Oeffentlichkeit übergeben werden konnte, ohne zuvor meine Erlaubnis einzuholen? Ich muß dieses Vorgehen als im höchsten Grade taktlos, indiskret und völlig unopportun bezeichnen, da es unerhört ist, daß Vorgänge, die den zurzeit regierenden Souverän betreffen, ohne seine Genehmigung veröffentlicht werden."" — Wie Dr. Curtius in Straßburg i. E. einem Korrespondenten erklärte, ist er seinerzeit vom verstorbenen Fürsten Chlodwig Hohenlohe beauftragt worden, seine Memoiren nach seinem Tode in Buchform zu veröffentlichen. Prinz Alexander habe den Nachlaß des Fürsten Chlodwig bekommen und sei somit in dessen sämtliche Rechte eingetreten; mit dessen Wissen und Willen sei die Arbeit vollendet worden und in den Buchhandlungen bereits erschienen. Ein besonderer Grund, die Memoiren gerade jetzt erscheinen zu lassen, bestehe nicht; das Buch war einfach nach Fertigstellung in Druck gegeben worden. Im übrigen sage ein dem Buche vorangestelltes Vorwort alles Nähere über Zweck und Gründe der Veröffentlichung. Der Abdruck von Auszügen aus dem Buche in „Ueber Land und Meer" sei völlig ohne Wissen sowohl des Herausgebers, als auch des Prinzen Alexander erfolgt. Die Veröffentlichung sei eine selbständige Entschließung des Verlages, über die sowohl er als auch Prinz Alexander überrascht gewesen seien.

Berlin. (Priv.-Tel.) Ueber die Entstehungsgeschichte der Hohenloheschen Memoiren erfährt die „Nat.-Ztg." von wohlunterrichteter Seite: Fürst Chlodwig Hohenlohe, der ehemalige Reichskanzler, hat die Bearbeitung seiner Memoiren einer bestimmten Persönlichkeit übertragen in der Erwartung, er werde die Herausgabe noch erleben und überwachen können. Darüber ist er indes gestorben. Die Bearbeitung wurde fortgeführt unter der Aufsicht des Prinzen Alexander. Der Erbprinz Philipp hatte seinem Vater politisch weniger nahe gestanden. Schon beim Erscheinen der ersten Abschnitte in der „Deutschen Revue" hatte Fürst Philipp Bedenken gegen die Veröffentlichung geäußert, die aber trotzdem fortgesetzt wurde. Ferner berichtet die „Nat.-Ztg.": Die Geschichte jener Märztage, natürlich mit Ausnahme dessen, was sich zwischen dem Kaiser und Bismarck ganz persönlich abspielte, ist auf Befehl des Kaisers von einem damals noch aktiven Staatsmanne ausführlich niedergeschrieben worden. Diese Darstellung wird aber jedenfalls erst dann veröffentlicht, wenn sie ein rein geschichtliches Interesse haben wird. Zurzeit halten die Leute, die berichtigen könnten, nicht für opportun, zu berichtigen. Die da und dort auftauchenden Vermutungen, daß die Veröffentlichung der Hohenloheschen Memoiren die Herausgabe des dritten Bandes der „Gedanken und Erinnerungen des Fürsten Bismarck" im Gefolge haben dürfte, trifft nicht zu. Ueber die Veröffentlichung des dritten Bandes der „Gedanken und Erinnerungen" hat Fürst Herbert Bismarck bestimmte testamentarische Verfügungen getroffen. Selbst wenn diese nicht vorlägen, würde die Fürstin Herbert Bismarck, in deren Besitz sich der dritte Band befindet, schon mit Rücksicht auf die Zukunft ihrer Kinder schwerlich zur Veröffentlichung schreiten.

Evangelischer Bund.

Graudenz. Evangelischer Bund. Heute vormittag fand eine Sitzung des Gesamtvorstandes statt, in der u. a. über eine Kundgebung gegen die Aufforderung des Essener Katholikentages zum gemeinsamen Vorgehen aller Gläubigen gegen den Unglauben und gegen den Umsturz Beschluß gefaßt wurde.

Zur Lage in Rußland.

Petersburg. Die Petersburger Telegraphen-Agentur erklärt: Der Bericht über eine Unterredung zwischen dem Reichskontrolleur Schwanebach und dem Korrespondenten des Blattes „La Revue Financière" War hat den Grafen Witte zu einer Mitteilung an einen Redakteur des „Matin" veranlaßt, in der die Ausführungen des Finanzblattes als verleumderische Angriffe bezeichnet werden. Der Bericht Wars ist nur die in die Form eines Interviews gekleidete Wiedergabe des wesentlichen Inhalts eines von Schwanebach im Jahre 1901 veröffentlichten Buches, zu der Zeit sei Schwanebach Mitglied des Rates des Finanzministeriums und Wittes Untergebener gewesen. Dieses Buch, das sich streng in den Grenzen einer freimütigen, loyalen und patriotischen Kritik hält, macht Witte den Vorwurf, in seiner Fiskal- und Geldpolitik den vitalen Interessen der nationalen Oekonomie nicht genügend Rechnung getragen zu haben. Was aber die Kritik über die Person des Grafen Witte anbetrifft, so muß die Verantwortung für diese dem Korrespondenten des Blattes „La Revue Financière" überlassen bleiben.

Libau. (Priv.-Tel.) Auf einem aus Amerika hier eingetroffenen Dampfer wurden 35 gefährliche Revolutionäre verhaftet, sowie eine große Waffensendung beschlagnahmt.

Berlin. (Priv.-Tel.) Prinz August Wilhelm von Preußen, der vierte Sohn des Kaiserpaares, der mit Beginn des Wintersemesters die Universität Bonn bezieht, wird bereits am nächsten Sonnabend nach dort übersiedeln.

Berlin. (Priv.-Tel.) Daß Minister v. Podbielski wieder von seinem Gallensteinleiden befallen wurde, ist, wie die „Deutsche Tagesztg." schreibt, leider richtig, doch gibt sein Gesundheitszustand zu besonderen Befürchtungen nicht im mindesten Anlaß. Nach menschlicher Voraussicht wird er vielmehr binnen kurzem in der Lage sein, die Geschäfte seines Amtes in vollem Umfange zu übernehmen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der „Zentralkorresp." wird von angeblich gut unterrichteter Seite versichert, daß der Chef des Zivilkabinetts, Dr. v. Lucanus, noch im Laufe dieses Herbstes seinen Abschied nehmen werde. Auch der Name des Nachfolgers werde in eingeweihten Kreisen nunmehr mit Bestimmtheit genannt. Die „Tägl. Rundsch." bemerkt dazu: „Die Nachricht ist bei dem hohen Alter des Herrn v. Lucanus schon öfter aufgetaucht, sodaß sie auch heute mit Vorsicht aufzunehmen ist."

Berlin. (Priv.-Tel.) Am 10. Juli traf eine Einwohnerin von Wittenau in der Heide bei Weidmannslust die Ehefrau eines in Pankow wohnenden Eisendrehers Berger, die ihren Sohn Walther tot in den Armen trug und ihre weinende Tochter am anderen Arme führte. Die ganz entkräftete und verstörte Frau Berger, die schon mehrere Tage in der Heide umhergeirrt war, erklärte, daß sie aus Verzweiflung über ihre traurige Ehe den Plan gefaßt habe, erst ihre Kinder und dann sich selbst mit Lysol zu vergiften. Sie habe dem kleinen Jungen Lysol eingeträufelt, und er sei, nachdem er es geschluckt, gestorben. Das Mädchen aber habe das Lysol nicht herunterbringen können, sondern es ausgespieen. Die Berger wurde daraufhin in Untersuchungshaft genommen, und heute stand sie vor dem Schwurgericht, um sich wegen Tötung ihres Sohnes und der versuchten Tötung ihrer Tochter zu verantworten. Der Ehemann Berger verweigerte sein Zeugnis. Das Urteil lautete, daß die Frau von der Anklage der Tötung ihres Sohnes Walther und des Mordversuches an ihrer vierjährigen Tochter freigesprochen wurde. Die Kosten des Prozesses wurden der Staatskasse zur Last gelegt.

Weimar. (Priv.-Tel.) Eberhard Riese, Inhaber der Karlsmühle, der größten Handelsmühle Weimars, ist unter Mitnahme vieler Wertsachen aus Weimar verschwunden. Zahlungsschwierigkeiten mögen die Ursachen dieser Flucht gewesen sein.

Weimar. (Priv.-Tel.) Wie sich weiter herausgestellt hat, ist auch der Schwiegervater Rieses, Schneider, geflohen. Die Schuldenlast beider ist sehr bedeutend. Die Staatsanwaltschaft hat die Verfolgung eingeleitet.